

**GRATULATION**

**Geburtstag des Landesfürsten**



VADUZ – Aus Anlass des Geburtstages von Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein am Freitag, 14. Februar, findet auf Schloss Vaduz ein Gratulationsempfang statt. Regierungschef Otmar Hasler überbringt dem Landesfürsten die Glück- und Segenswünsche der Behörden und der Bevölkerung. Zum Gratulationsempfang sind die Mitglieder der Regierung und des Landtags mit ihren Stellvertretern, die Gerichtspräsidenten, die Gemeindevorsteher, der Erzbischof, der Pfarrer von Vaduz sowie die Präsidenten der im Landtag vertretenen Parteien geladen. (pafl)

# LBA: Neue Struktur

**Bewährtes erhalten, Verbesserungspotenziale nutzen**

VADUZ – An der Regierungssitzung vom 11. Februar 2003 verabschiedete die Regierung den Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des LBA-Gesetzes zu Händen des Landtages.

Die Gesetzesrevision sieht vor, die Organisationsstruktur der Liechtenstein Bus Anstalt zu entflechten und zu optimieren. Bewährtes soll erhalten bleiben, Verbesserungspotenzial im organisatorischen Bereich soll ausgeschöpft werden.

**Vorteile durch neue Organisationsstruktur**

Die LBA, gesetzlich derzeit als selbständige Anstalt öffentlichen Rechts konzipiert, soll nach der geplanten Gesetzesänderung als unselbständige Anstalt öffentlichen Rechts in die Landesverwaltung integriert werden. Die vom Landtag angeregte Strukturanalyse hat ergeben, dass mit einer Eingliederung der LBA in die Verwaltung (wie sie ansatzweise schon vor der Gründung im Jahre 1999 diskutiert wurde) merkliche Vorteile gegenüber der heutigen organisatorischen Ausgestaltung erzielt werden können.



Die LBA soll eine neue Organisationsstruktur erhalten.

Neben einer leichteren Organisationsstruktur und einer Bündelung der Kompetenzen können die Overhead-Kosten, welche durch die Tätigkeiten des Verwaltungsrates generiert wurden, eingespart werden. Die neue LBA, integriert in die Landesverwaltung, wird über

keinen Verwaltungsrat mehr verfügen, sofern der Landtag der Gesetzesänderung zustimmt.

**Bewährtes erhalten**

Die LBA konnte sich seit der Gründung im Jahre 1999 durch ein gezieltes werbetechnisches Design und den Beitritt zu verschiedenen Verkehrsverbänden einen guten Bekanntheitsgrad im In- und Ausland schaffen. Durch die geplante Neugestaltung der Organisationsstruktur bleibt Logo, Branding, Corporate Identity sowie Corporate Design erhalten.

**Übernahmeangebot für LBA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen**

Dem Geschäftsführer sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der LBA wird aufgrund des Berichtes und Antrages ein befristetes Übernahmeangebot zu verwaltungsüblichen Konditionen in das Gefüge der Landesverwaltung unterbreitet werden. Dieses Übernahmeangebot zeigt, dass die Regierung das Interesse verfolgt, Kontinuität in der operativen Ausgestaltung zu wahren sowie bestehendes Know-how im Bereich des

öffentlichen Bus-Systems zu erhalten.

**Verwaltungsrat wird durch Verkehrsbeauftragten ersetzt**

Die Aufgaben des Verwaltungsrates, welche praktisch ausschliesslich verwaltungstechnischer Natur sind, sollen in Zukunft – unter Vermeidung hoher Overhead-Kosten – von einem Mitarbeiter der Landesverwaltung wahrgenommen und mitbetreut werden. Dies rechtfertigt sich alleine schon aus dem Umstand, dass es sich im Gegensatz zu anderen selbständigen Anstalten öffentlichen Rechts bei der LBA um einen Betrieb handelt, welcher sich vorwiegend über staatliche Beiträge finanzieren muss. Öffentlicher Verkehr im Sinne der staatlichen Grundversorgung kann ohnehin nicht kostendeckend eigenfinanziert werden.

Dieser Mitarbeiter wird die Funktion des «Verkehrsbeauftragten» übernehmen und im Sinne einer Bündelung der Kräfte und Vernetzung der Agenden und Kompetenzen mittelfristig ein liechtensteinisches Mobilitätszentrum aufbauen. (pafl)

**STUDIE**

**Weniger neue Fahrzeuge**

VADUZ – In der gestern vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Studie ergeben sich für den Januar 2003 einige Rückgänge. Wurden im Januar 2002 noch 208 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert, so waren es in diesem Januar noch 168. Dies bedeutet einen Rückgang von 19,2 Prozent. Ähnliches Bild bei den Personwagen: Im Januar des vergangenen Jahres wurden 163, dieses Jahr noch 133 Stück neu immatrikuliert – ein Rückgang von 18,4 Prozent.

Wie in den Jahren zuvor, bleibt die Marke VW mit 24 Neuzulassungen an der Spitze. Gefolgt von Audi und Toyota mit je 16 sowie Opel mit zehn Fahrzeugen. Der Anteil der im Januar neu angemeldeten Dieselfahrzeuge wird mit 40 Stück angegeben. Der Rest, also 93 Fahrzeuge verbrennen Normalbenzin. Der Trend in Richtung Dieselfahrzeug hält somit weiterhin an. Im Jahr 2002 betrug deren Anteil bereits 25 Prozent. Im Januar 2003 beachtliche 30 Prozent. L.E.

## «Zweimal Nein löst keine Probleme»

**Nach der Empfehlung des VU-Landesvorstandes zur Verfassungsrevision**

VADUZ – Der VU-Landesvorstand hat sich am Montagabend zu Händen des Parteitages vom 24. Februar klar für ein doppeltes Nein zu den beiden Verfassungsinitiativen ausgesprochen. Für das Fürstenhaus und die FDP ist dies keine Lösung.

• Martin Frommelt

87 Prozent haben am VU-Landesvorstand für das doppelte Nein votiert und damit ihren Willen zum Ausdruck gebracht, die Verfassung von 1921 unverändert zu lassen. Vor einem Monat dagegen hatte sich der Landesvorstand der FDP mit 76 Prozent für die Initiative des Fürstenhauses ausgesprochen, 14 Prozent unterstützten die Initiative Verfassungsfrieden und 7 Prozent waren für ein doppeltes Nein. Der

FBP-Parteitag wird sich am 25. Februar dazu äussern.

**«Keine Lösung»**

Für FDP-Geschäftsführer Marcus Vogt ist klar, dass ein doppeltes Nein bei der Abstimmung von Mitte März keine Lösung bringt: «Es ist augenfälliger der bequemste Weg. Es wird jetzt kommuniziert werden, dass sich die heutige Verfassung bewährt habe und dass man an Bewährtem festhalten wolle. Man kann aber nicht so tun, als ob man 10 Jahre Diskussion ungeschehen machen kann. Zu viel ist in den vergangenen Jahren passiert, als dass man einfach so tun könnte, als ob die bestehende Verfassung jetzt doch plötzlich die Lösung wäre. Es ist ein rückwärts gewandter Schritt, der überhaupt keine Probleme löst. Die Initiative des Fürstenhauses ist

ein Kompromiss, der mit der Regierung erarbeitet wurde, der eine Mehrheit im Landtag und in der Verfassungskommission gefunden hat und der die einzige in die Zukunft gerichtete Alternative ist.»

**«Klares Misstrauensvotum»**

Das Fürstenhaus hat schon mehrfach dargelegt, dass ein Verbleib bei der bestehenden Verfassung keine Lösung bringt. Vielmehr würde dadurch der Verfassungsstreit zum Schaden des Landes und des Fürstenhauses fortgesetzt.

Auch im kürzlichen NZZ-Interview sagte S. D. Fürst Hans-Adam II. unmissverständlich, dass sich das Fürstenhaus in diesem Fall nicht mehr weiter an dieser Auseinandersetzung beteiligen würde: «Ich möchte nochmals klar sagen: Wenn eine Mehrheit des Volkes

unseren Verfassungsvorschlag ablehnt, dem die Regierung sowie eine Mehrheit des Parlaments und auch die Verfassungskommission zugestimmt hat, ist das ein klares Misstrauensvotum gegen das Fürstenhaus, auch gegen den Fürsten. In diesem Fall ziehen wir die Konsequenzen. Es soll uns niemand vorwerfen, auch im Ausland nicht, dass wir hier in Liechtenstein an der Macht kleben. Von den Gegnern der Monarchie wird im In- und Ausland der Vorwurf verbreitet, der Fürst möchte mehr Macht haben, der Fürst ist machthungrig. Wir haben nur eine Möglichkeit, diese Vorwürfe zu entkräften, indem wir klar sagen: Uns geht es nicht um die politische Macht, sondern wir ziehen die Konsequenzen. Auch das gefällt diesen Gegnern nicht.»

**NACHRICHTEN**

**Benzin und Diesel werden wieder teurer**

BAAR – Die Treibstoffe in Liechtenstein und der Schweiz werden wieder teurer. Als erste Mineralölgesellschaft hat Marktleader Shell die Preise für Benzin und Diesel am Dienstag um je drei Rappen verteuert, wie Shell-Sprecherin Claudia Hedrys auf Anfrage der AP sagte. Grund für den Preisaufschlag seien die in die Höhe geschossenen Produktpreise auf dem Spotmarkt in Rotterdam. Der Rohölpreis sei seit November 2000 nicht mehr so hoch gewesen. Hedrys führt die angespannte Lage auf dem Spotmarkt auf den drohenden Krieg in Irak zurück. Zu den Ursachen zählten aber auch eine Heizölverknappung in den USA und Lieferausfälle in Venezuela. Die Durchschnittspreise für bleifreies Benzin betragen nun bei Shell neu 1.37 Franken, für bleifreies Superbenzin 98 1.43 und für Diesel 1.41 Franken. (AP)

## Druck auf Bankgeheimnis

**EU wird laut Christopher Patten weiter auf Informationsaustausch drängen**

BRÜSSEL – Der Druck auf das Bankgeheimnis in der Schweiz und Liechtenstein wird auch nach einer Einigung bei der Zinsbesteuerung anhalten. Die EU werde weiter auf den Informationsaustausch drängen, sagte EU-Kommissar Christopher Patten in Zeitungsinterviews vom Dienstag. Offene Fragen in den anderen Dossiers dürften eine Einigung nicht blockieren.

«Die EU wird sich weiter darum bemühen, ein Abkommen über Informationsaustausch zu erhalten, und zwar nicht nur mit der Schweiz, sondern auch mit anderen Drittländern», sagte der EU-Kommissar für Aussenbeziehungen in dem in mehreren Schweizer Zeitungen veröffentlichten Interview.

Zu den laufenden Verhandlungen in dem Dossier sagte er, die EU-Finanzminister wollten die Richtlinie über die Zinsbesteuerung vor dem Europäischen Rat vom 21. März formell annehmen. Noch vor diesem Entscheid erwartet Patten genügend Zusicherungen der Schweiz, dass sie gleichwertige Massnahmen anwende. Das Verhandlungsergebnis im Zinsendossier soll nach einer Einigung nicht durch offene Fragen in den übrigen Dossiers blockiert werden. Jedes Verhandlungsdossier sei nach den dort erzielten Fortschritten zu beurteilen und abzuschliessen, sagte Patten. In den Bereichen, in denen sich die Schweiz an den Tätigkeiten der EU teilnehmen wolle, etwa bei der Betrugsbekämpfung oder der Liberalisierung von Dienstleis-

tungen, hänge der Zeitablauf wesentlich von der Schweiz ab, da sie das EU-Recht übernehmen müsse. Der Bundesrat hat demgegenüber wiederholt erklärt, bei den zweiten bilateralen Verhandlungen werde ein ausgeglichenes Gesamtergebnis angestrebt.

**Zahlungen an EU-Strukturhilfen**

Wie Patten weiter sagte, soll die Schweiz wie andere Drittländer auch Zahlungen an die EU-Strukturhilfen leisten. Er sieht diese Zahlungen als Gegenleistung für die Vorteile, die die Schweiz aus der Teilnahme am EU-Binnenmarkt ziehen kann. Über die Höhe des Betrages müsse noch diskutiert werden. Patten macht zudem deutlich, dass die Schweiz das Abkommen über den freien Personenver-

kehr dereinst auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausdehnen müsse. Andernfalls müsste es die EU ganz kündigen. Bei diesen Verhandlungen werde die EU auch eine Anpassung der Schweizer Kontingente für Arbeitskräfte aus der EU ansprechen.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU bezeichnete Patten als gut, aber verbesserungsfähig. Der Weg der bilateralen Abkommen habe seine Grenzen. «Ein umfassender Ansatz würde den speziellen Status unserer Beziehungen besser widerspiegeln», sagte er. Dass die Schweiz ihr 1992 deponiertes Beitrittsge-such nie zurückgezogen hat, sieht Patten als Bestätigung des bundesrätlichen Ziels, mittelfristig der EU beizutreten. (AP)